

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/AVEIII/34

Bonn, den 18. Februar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Der Wahlsieg der SPD in Berlin ----- Neuer Stil hat sich durchgesetzt Von Senator Klaus Schütz	44
2	Bestürzung in der Bonner CDU-Zentrale ----- Der Berliner Wahlausgang und die Folge	30
3 - 4	"Drittes Deutschlandtreffen der SPD" ----- Alle Freunde der SPD wollen im August 1963 in Hamburg dabei sein Vor Karst Seefeld Bundessekretär der Jungsozialisten	38
4	"Die Zukunft ist ihm sicher" ----- Pariser Zeitung "Combat" über die Bedeutung der Berliner Wahlen	30
5 - 6	Die Polizei der Länder verstärken! ----- "Notstand" aus der Sicht der Ordnungshüter Von W. Kuhlmann, MdL, Nordrhein-Westfalen Erster Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei	82

\*\*\*\*\* ZUR BEACHTUNG \*\*\*\*\*

In der Dienstag-Ausgabe unseres Pressedienstes  
(19.2.63) veröffentlichen wir einen Exklusivartik-  
kel von MdB Jürgen Wischnewski zum Thema:

Europas Hilfe für Afrika

EWG-Krise nicht auf Afrika übertragen!

## Der Wahlsieg der SPD in Berlin

---

Neuer Stil hat sich durchgesetzt  
Von Senator Klaus Schütz

Die Berliner Wahlen haben es erneut bewiesen: Der neue Stil der deutschen Sozialdemokratie hat sich durchgesetzt. Freund, Gegner und Feind haben es begriffen. Das Wahlergebnis des 17. Februar in Berlin ist nicht nur lokales Ereignis. Sicherlich: Der sozialdemokratische Erfolg hat seine Bedeutung auch für die innere Gestaltung Berlins; aber er reicht weit über diese Stadt hinaus.

Bei hoher Wahlbeteiligung wurden die Kommunisten eindeutig geschlagen. Das ist der Tatbestand: in Berlin als einzigem Platz in Deutschland haben die Deutschen eine Chance, der Welt die wahre Stärke der Kommunisten in ihrem gespaltenen Land zu demonstrieren. Die Berliner haben diese Chance genutzt. Sie haben stellvertretend für alle Deutschen in Ost und West gehandelt.

Die Berliner Sozialdemokraten sind ein grosses Stück nach vorn gekommen. Dabei muss eine Tatsache noch einmal und unmissverständlich klar gestellt werden: Der Erfolg ist nicht die Frucht der Zwistigkeiten und Polemiken des vergangenen Wahlkampfes. Es wurde auch nicht über Für und Wider von Gesprächen mit Chruschtschow entschieden. Am 17. Februar stand die bewährte Politik des Senats von Berlin zur Entscheidung.

Die Berliner haben nicht aus einer Augenblickstimmung, erst recht nicht aus Verärgerung entschieden. Sie haben vielmehr ihre Erfahrungen in die Wahlurne gelegt. Der 13. August 1961 und die damalige Reaktion der offiziellen deutschen Politik wurden bedacht. Die Bonner Regierungskrisen des vergangenen Jahres wurden nicht vergessen, und auch nicht das Bemühen der deutschen Sozialdemokraten, im freien Teil Deutschlands eine starke Regierung zu schaffen.

Diesen Eindruck hat übrigens auch nicht das Grosseaufgebot Bonner Prominenz im Berliner Wahlkampf verwischen können. Sicherlich kann ein deutscher Politiker selten "immer in Berlin" sein, er muss nur zu rechten Zeit dort seine Aufgaben erkennen.

Vor allem aber haben am 17. Februar die Berliner die erprobte Politik eines an Schwierigkeiten und in Gefahr erprobten Senats beachtet.

Diesen Senat haben die Sozialdemokraten geprägt. Und die Berliner haben Willy Brandt erneut vertraut, weil sie ihn kennen.

Wie alle Wahlen der letzten Jahre in Deutschland waren auch diese Berliner Wahlen ein Probefall für den neuen Stil der deutschen Sozialdemokraten. Das war so in Nordrhein-Westfalen und Hessen, in Schleswig-Holstein und Bayern. Nun stand dieser neue Stil in Berlin - dem umkämpftesten Punkt in Deutschland - vor dem Urteil einer kritischen und sachverständigen Wählerschaft. Und auch diese Probe der Bewährung wurde bestanden.

Die Berliner Wahlen vom 17. Februar 1963 sind deshalb nicht nur lokales Ereignis. Der sozialdemokratische Erfolg reicht weit über Berlin hinaus. Die deutschen Sozialdemokraten haben einen grossen Schritt nach vorn getan.

+ + +

#### Bestürzung in der Bonner CDU-Zentrale

#### Der Berliner Wahlausgang und die Folgen

sp - In der Bonner Bundesgeschäftsstelle der CDU ist eine Woche vor dem Aschermittwoch der Katzenjammer ausgebrochen. Heute fragen sich viele CDU-Prominente, ob es gut war, von Bonn aus Ton und Gangart des Berliner Wahlkampfes mit der offensichtlichen Verschärfung gegen die SPD hin zu bestimmen. Es war eben nicht gut: die Binnmischung der CDU-Zentrale erwies sich als Bumerang und führte zu einem Stimmenverlust, den in dieser Höhe niemand erwartet hatte. Der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Herr Dufhues, im vorigen Jahr ausdrücklich dazu berufen, dem Schwind der CDU-Heerscharen durch eine Reform der Partei Einhalt zu gebieten, sieht sich vor eine schier unlösbare Aufgabe gestellt; das Pech, das ihn verfolgt, wird ihm und seiner Partei zum Alpdruck.

In diesem Jahr finden noch drei Landtagswahlen statt, in Rheinland-Pfalz, in Niedersachsen und im Stadtstaat Bremen. Bei den im letzten Jahr abgehaltenen Wahlen in Hessen, Schleswig-Holstein und in Bayern fiel der Siegeskranz der Sozialdemokratie zu. In Hessen errang sie die absolute Mehrheit, in Schleswig-Holstein gewann sie drei und in Bayern 15 Mandate. Überall hatten die Unionsparteien im Vergleich zur Bundestagswahl 1961, die ihr den Verlust der absoluten Mehrheit einbrachte, noch weitere Abstriche zu verzeichnen, verringerte sich der Abstand zwischen der Sozialdemokratie und der stärksten Regierungspartei. Diese befindet sich weiterhin auf der absteigenden Seite des Berges. Ihre Glanzzeiten sind dahin, ihre Anziehungskraft ist gebrochen, die Umschichtung bei den Wählern hält an und dürfte, wenn nicht alles täuscht, ihren Höhepunkt bei der nächsten Bundestagswahl erreichen. Die bisherigen und noch zu erwartenden Ergebnisse der Länder- und Stadtstaatswahlen zeigen die Sozialdemokratie in einem nicht mehr aufzuhaltenden Vormarsch. Die Stärke dieser Partei liegt in ihrer Modernität, in ihrer am Notwendigen der Gegenwart und Zukunft sich orientierenden Zielsetzung. Vorzüge, die der CDU/CSU im Laufe vieler Jahre verloren gingen.

+ + +

## "Drittes Deutschlandtreffen der SPD"

Von Horst Seefeld

Bundessekretär der Jungsozialisten

Zum dritten Male werden sich im August dieses Jahres Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zusammen mit der Bevölkerung zu einem Deutschlandtreffen versammeln. Die Hansestadt Hamburg wurde als Tagungsstätte erwählt.

Im Jahre 1961 wurde in Nürnberg das "1. Deutschlandtreffen der SPD" abgehalten. Aus allen Teilen der Bundesrepublik und aus Westberlin kamen Freunde und Anhänger der Sozialdemokraten mit Omnibussen, Sonderzügen und Personenkraftwagen in die fränkische Metropole. Eine Sitzung des Parteivorstandes, die Eröffnung einer von den Jungsozialisten organisierten Ausstellung "Das Wahlplakat 1961", eine außerordentliche kommunalpolitische Bundestagung, öffentliche Forumsveranstaltungen zu verschiedenen Themen sowie die Ausstellungen "Besser leben auf dem Lande" und "Der Weg zur Freiheit" waren Rahmenveranstaltungen von den eigentlichen Kundgebungen des Deutschlandtreffens. Bei einem großen Kongreß stellten Erich Ollenhauer und Willy Brandt die Weichen für die letzte Phase des Bundestagswahlkampfes; mehr als 70.000 Menschen hatten sich zur Abschlußkundgebung auf dem Hauptmarkt in Nürnberg versammelt.

Nach diesem ersten Versuch zeigte sich, daß sowohl in der SPD-Mitgliedschaft als auch in der Öffentlichkeit der Ruf laut wurde, jährlich einmal zu einem "Deutschlandtreffen" zusammenzukommen.

In Verbindung mit dem SPD-Parteitag in Köln wurde dann im Jahre 1962 zum zweiten Male ein Deutschlandtreffen durchgeführt. Drei große Forumsgespräche versammelter Arbeitnehmer, Kommunalpolitiker und Sportler, Menschen aus allen Teilen der Bevölkerung, Redner verschiedener Richtungen fanden sich ein, um die unser Volk bewegenden Fragen zu erörtern. Wieder waren die Freunde der SPD von überall herbeigeeilt, um an der Großkundgebung, dieses Mal auf dem Offenbachplatz in Köln, teilnehmen zu können. Erich Ollenhauer und Willy Brandt waren die Hauptredner. Der Vorsitzende der SPD im Mittelrhein, Heinz Kühn, und Kölns populärer Oberbürgermeister Theo Burauen, sprachen ebenfalls zur Bevölkerung. Platzkonzerte, Trachtengruppen und die Schöneberger Sängerknaben sorgten schon vorher für Stimmung. Stimmung war auch in der großen Kölner Sporthalle, als ein Spitzenprogramm mit namhaften Künstlern abrollte. Ein Feuerwerk im Rheinparkgelände bildete den Abschluß. Die auswärtigen Gäste hatten an anderen Tag noch Gelegenheit, sich bei Betriebsbesichtigungen ein Bild von Arbeitsproblemen in der Umgebung Kölns zu machen.

Kun sind die Vorbereitungen für das "3. Deutschlandtreffen der SPD" in der Bonner SPD-Zentrale nahezu abgeschlossen. Vom 30. August bis 1. September sind zahlreiche interessante Veranstaltungen in Hamburg geplant. Die traditionelle, so darf man beim 3. Mal schon sagen, Kundgebung, wird auf dem Rathausplatz stattfinden. In verschiedenen Sälen wird man die bewährten Forumsgespräche durchführen. Zwei interessante Tagungen, eine wirtschaftspolitische und eine kulturpolitische, gehören ebenfalls zum Programm. Selbstverständlich hält der SPD-Parteivorstand eine Sitzung zur gleichen Zeit ab und auch der Parteirat wird nach Hamburg einberufen. Eine Reihe von weiteren Veranstaltungen werden im Zei-

chen des 100jährigen Jubiläums der SPD stehen. Bei Unterhaltungsabenden soll den auswärtigen Teilnehmern Gelegenheit gegeben werden, ihre Hamburger Parteifreunde kennenzulernen. Von der Arbeit der SPD in der Hansestadt kann sich jeder bei Stadtrundfahrten überzeugen und Landratten haben Gelegenheit, bei Schiffsfahrten Kenntnisse von den Problemen eines Überseehafens zu erlangen.

Die Teilnehmerzahl wird - so schätzen die Organisatoren - beim diesjährigen "Deutschlandtreffen" noch höher als in den Vorjahren liegen.

Überall in den Parteigliederungen beschäftigen sich in diesen Tagen die Verantwortlichen mit den Vorbereitungen der Reise nach Hamburg. Das "5. Deutschlandtreffen der SPD" soll eine weitere Steigerung bringen und alle Freunde der SPD wollen dabei sein.

+ + +

### "Die Zukunft ist ihm sicher"

---

Pariser Zeitung "Combat" über die Bedeutung der Berliner Wahlen

sp - Die nachstehende Betrachtung, entnommen der Pariser Zeitung "Combat" ist vor den Berliner Wahlen erschienen. Der Verfasser bewies eine Voraussicht, die durch den Wählerausgang bestätigt wurde.

"Berlin verkörpert die Hoffnung und das Symbol der Deutschen, die eine Wiedervereinigung fordern. Diese nationale Forderung kann weder durch die Mauer noch durch das Rasseln der Waffen, das sich von Zeit zu Zeit vernahmen läßt, erstickt werden.

Seit eineinhalb Jahren ist diese Stadt zerrissen. Dennoch leidet sie nicht unter politischen oder wirtschaftlichen Krisen, das Leben geht in Berlin weiter, und Touristen und Reisende erhalten den Eindruck einer gewaltigen Baustelle.

Die Errichtung der Mauer hat den Mut der Berliner nicht brechen können, im Gegenteil, das Schicksal der Stadt wurde zu einem Programmpunkt aller politischen Parteien, die sich irgendwie moralisch und national verpflichtet fühlen, bei der Rettung der Hauptstadt mitzuwirken. Und hier hat Willy Brandt die bessere Ausgangsposition als alle anderen...

Die Bevölkerung der Stadt bevorzugt die Partei, die Willy Brandt vertritt, vor allen anderen politischen Richtungen, und das nicht nur, weil Berlin ein großes Industriezentrum ist, dessen Bevölkerungsmehrheit aus Arbeitern und Angestellten besteht, sondern weil der Regierende Bürgermeister es verstanden hat, mit seiner Jugend und seinem Dynamismus die Weltöffentlichkeit für Berlin zu gewinnen. Deshalb spielen die Wahlen im Februar 1963 eine große Rolle, man könnte sogar sagen: eine außergewöhnliche Rolle zwischen den beiden gegensätzlichen Parteien, der SPD und der CDU. Zwei politische Auffassungen stehen sich gegenüber, beide gekennzeichnet durch das Alter ihrer Vorsitzenden, ein Kanzlerkandidat, der seiner Zukunft sicher ist und der nur die Hälfte der Lebensjahre des Kanzlers zählt, der seinen Rücktritt definitiv vorbereitet. Die Wahlen in Berlin und ihr Ergebnis gehen den zukünftigen Ereignissen in Deutschland voraus. "

+ + +

## Die Polizei der Länder verstärken

Von W. Kuhlmann, MdL, Nordrhein-Westfalen  
Erster Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

Für die Bewältigung innerer Notstände bedürfen weniger die Rechtsgrundlagen als vielmehr der Personalbestand der Polizei einer Überprüfung. Hier gibt es in der Tat noch einen erheblichen Nachholbedarf. Schon die Weimarer Republik verfügte mit zirka 340 000 Beamten der staatlichen und kommunalen Polizei sowie der Gendarmerie über weitaus größere Polizeikräfte als heute die Bundesrepublik Deutschland mit etwa 110 000 Beamten der uniformierten Schutzpolizei. Gleiches gilt auch für die geschlossenen Polizeiverbände, die allein in Preußen mehr als doppelt so stark waren, als sie es heute sind.

Im Jahre 1959 wurde im Bundestag der Antrag gestellt, die Bereitschaftspolizeien der Länder aus Mitteln des nicht ausgeschöpften Etats für den Bundesgrenzschutz zu verstärken. Der Antrag wurde abgelehnt, nachdem Bundesinnenminister Dr. Schröder erklärt hatte, daß eine Verstärkung der Bereitschaftspolizei Sache der Länder sei. Der Bund wäre wohl bereit, die Kosten für die Ausrüstung zusätzlicher Bereitschaftspolizeiabteilungen zu übernehmen, die Personal- und Verwaltungskosten müßten aber die Länder tragen. Nun, die Länder fühlen sich lange Zeit ebenfalls nicht veranlaßt, ihre Bereitschaftspolizei zu verstärken. Angeblich fehlte es an finanziellen Mitteln und an geeigneten Nachwuchs. Tatsächlich mangelte es nach unseren Erkenntnissen den meisten Ländern aber an dem ernsthaften Willen die Polizei zu verstärken.

### Paradoxe Situation

So kam es zu der paradoxen Situation, daß die angebliche Gefährdung der inneren Sicherheit fast ausnahmslos in den schwärzesten Farben geschildert wurde, während man die Verstärkung der Polizei an Zuständigkeitsfragen scheitern ließ. Wäre es wirklich so schlecht um unsere innere Sicherheit bestellt, dann hätten Bund und Länder gemeinsam die Pflicht gehabt, das Notwendige zu tun. Ganz so schlimm scheint es demnach nicht zu sein. Diesen Eindruck muß man auch gewinnen, wenn man die Etatmittel für die Nachwuchswerbung vergleicht. Gemessen an den neun Millionen DM, die dem Bundesverteidigungsminister für die Anwerbung von Soldaten zur Verfügung stehen, nehmen sich die Werbemittel in den Polizeistats der Länder wie ein besseres Trinkgeld aus. Darum ist auch der Verdacht nicht ganz unbegründet, daß die unterlassene Verstärkung der Polizei denjenigen sehr gelegen kam, die mit dem Hinweis auf die unzulänglichen Polizeikräfte den Einsatz der Bundeswehr im Innern fördern.

Die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Innern ist aber eine Aufgabe der Polizei und muß es auch bleiben. Das gilt auch für Notstandssituationen, die ihren Ursprung im Innern der Bundesrepublik haben. Einsätze, die aus ähnlichen Anlässen notwendig werden, richten sich immer gegen die eigene Bevölkerung. Das ist aber kein Fall für den Einsatz kampfprober Militärverbände, sondern eine Angelegenheit der Polizei, die mit den jeweils humansten Mitteln die gestörte Ruhe und Ordnung wiederherzustellen hat.

Schließlich ist aber auch noch folgendes zu sagen: Wenn schon Vertrauen eine wesentliche Voraussetzung jeder Notstandsplanung ist, dann verdient dieses Vertrauen in erster Linie unser Volk, das sich in den Jahren nach 1945 zu einer bemerkenswerten politischen Reife entwickelt hat und bisher noch allen politischen Abenteuern eine deutliche Absage erteilt. So wie die Dinge im Augenblick liegen und auch für die absehbare Zukunft liegen werden, sind Polizei und Bevölkerung nicht Gegner, sondern Verbündete, wenn es gilt, verfassungsfeindlichen Elementen das Handwerk zu legen. Das sollte nie in Zweifel gezogen werden.

### Polizei verdient Vertrauen

Vertrauen verdient aber auch die Polizei, die aus dem Geschehen von 1933 ebenso Lehren gezogen hat wie aus Deutschlands dunkelster Epoche während der nazistischen Gewaltherrschaft. Die Polizei steht - und das ist kein Lippenbekenntnis - bedingungslos und fest auf dem Boden unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie wird jedem Versuch, diese Ordnung zu untergraben oder zu beseitigen, hart und entschlossen entgegentreten. Die Polizei wird aber auch nicht noch einmal Gewehr bei Fuß stehen, falls Deutschland nochmals ein 20. Juli 1932 oder ein 30. Januar 1933 drohen sollte.

Die Stunde der Not ist deshalb nicht, wie es einmal gesagt wurde, die Stunde der Exekutive, sondern die Stunde, in der sich das gesamte deutsche Volk zu bewähren haben wird.

Wenn die Bundesregierung ein Drittel aller Einnahmen für - notwendige - Verteidigungszwecke ausgibt, für die innere Sicherheit dagegen selbst Ausgaben in der Größenordnung von nur einer Million scheut, dann ist hier zweifellos etwas nicht in Ordnung. Unsere Bemühungen um eine personelle Verstärkung des Bundeskriminalamtes, dem bei der Verbrechensbekämpfung doch sicherlich allergrößte Bedeutung zukommt, haben leider zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Wenn aber schon die zentrale kriminalpolizeiliche Nachrichtensammelungs- und -auswertungsstelle infolge eines permanenten Personalmangels nicht voll ihren Aufgaben gerecht wird, wie können wir dann ernsthaft auf eine bessere und wirksamere Verbrechensbekämpfung hoffen wollen?

Es gibt viele Möglichkeiten, den Erfolg der kriminalpolizeilichen Arbeit zu verbessern. Daß sie genutzt werden, wäre im Interesse der Bevölkerung zu wünschen. Gleiches gilt auch für alle Bemühungen, die große Zahl der Opfer im Straßenverkehr zu verringern. Das setzt allerdings voraus, daß hier die gleichen Anstrengungen gemacht werden wie bei der Vorbereitung auf die nur sehr vagen Möglichkeiten außergewöhnlicher innerer Notstandssituationen.